



**Protokoll der 25. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 17. November 2021, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Claudio Bernold

Namensaufruf: 35 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderätin Lisa Badertscher, Gemeinderat Daniel Geeler, Gemeinderat Samuel Kienast, Gemeinderätin Salome Scheiben, Gemeinderat Andres Storrer

Mitanwesend: Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizestadtpräsidentin Elsbeth Aepli Stettler, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadtrat Andreas Elliker

Gemeinderatssekretär: Giuseppe D'Alelio

- - -

Traktanden

- 120 Mitteilungen
- 121 Protokoll der Sitzung vom 6. Oktober 2021
- 122 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019 - 2023 (Nachfolge von Maria Gysel, Fraktion SVP/EDU)
- 123 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019 - 2023 (Nachfolge von Lea Bloch, Fraktion CH/GLP/GP)
- 124 Interpellation «Barrierefreies Frauenfeld – mindestens online» von Gemeinderat Ralf Frei
Evtl. Diskussion
- 125 Botschaft Nr. 27 «Erlass eines Reglements über das Alterszentrum Park»
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 126 Botschaft Nr. 28 «Alterszentrum Park – Erhöhung Pensionspreise im Alters- und Pflegeheim Ergaten Talbach»
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Wie sie unschwer erkennen können, sitze ich heute alleine in der oberen Reihe. Der Vizepräsident weilt im Ausland. So richtig bewusst wurde mir das erst, als ich am Montagmorgen in meiner Schule an der seriellen Spucktestung teilgenommen habe. Was wäre denn, wenn ich ein positives Testergebnis erhalten würde? Das wäre nämlich überhaupt nicht positiv, sondern höchst negativ. Die Konsequenz wäre nämlich, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sich zuerst auf einen Tagespräsidenten einigen müssten und dieser so ziemlich freihändig durch die Sitzung leiten dürfte. Ich kann Ihnen aber versichern, dass ich äusserst gesund und munter bin und Ihnen daher diese vielleicht einmalige Erfahrung ersparen werde. Nun wünsche ich Ihnen, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, ein frohes Debattieren und Ihnen, geschätztes Publikum eine spannende Sitzung.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass 35 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18.

Durch die Abwesenheit von Gemeinderat und Ratsbüromitglied Andres Storrer ist die Wahl eines Stimmzählers für die heutige Sitzung notwendig.

Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Namens der SVP/EDU-Fraktion schlage ich Ihnen Gemeinderätin Christa Zahnd zur Wahl ins Ratsbüro für den heutigen Abend vor. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Abstimmung

Christa Zahnd wird einstimmig unter Enthaltung der eigenen Stimme als Stimmzählerin für die heutige Sitzung gewählt.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23 b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Ich möchte gern im Namen der Fraktion CH/GP/GLP eine Erklärung abgeben. Parkplätze gibt es weiss Gott genug in Frauenfeld. Wir fragen uns aber, ob wir auch genug darüber sprechen. Die Ereignisse der letzten Wochen nährten bei uns das Bedürfnis, unsere Überlegungen zum Thema Parkplätze in drei Punkten mit euch zu teilen. Ich fange zeitlich in der Mitte an, bevor wir weiter verspulen und dann einen Blick in die jüngere Geschichte werfen.

Erstes Kapitel «Die Mär von der unmöglichen Verlagerung»: Ende September sprach sich das Stimmvolk deutlich gegen zusätzliche Tiefgaragenplätze in der Innenstadt aus. Nach der Abstimmung reagierte der Stadtrat mit einer Presseerklärung, in der er den Bürgerinnen und Bürgern zu verstehen gab, sie hätten eine grosse Chance verpasst, die sich so schnell nicht mehr bieten würde und dass jetzt eine Verlagerung von Parkplätzen in die Tiefe vorerst nicht mehr möglich sei. Das sehen wir etwas anders, und das Thema ist ja auch nicht neu. Unsere Fraktion hat Verlagerungen bereits in der Beratung des Tiefgaragengeschäfts vehement eingefordert. Unsere Anträge in der Geschäftsprüfungskommission und im Rat, das Geschäft zurückzuweisen und so neu aufzugleisen, dass die Tiefgarage eben zu einem Verlagerungsgeschäft geworden wäre, wurde sowohl vom Stadtrat wie auch von der bürgerlichen Mehrheit im Gemeinderat zwei Mal achselzuckend verworfen. Statt irgendwelche verbindlichen Aussagen über Verlagerungen oder Kompensationen zu treffen, sprach der Stadtrat lieber von den in der Vergangenheit verlorengegangenen Parkplätzen, die man jetzt kompensieren könne usw. Eine nette Geschichte, aber leider vermochte diese Geschichte ausserhalb des Gemeinderats keine Mehrheit

mehr zu überzeugen. Der springende Punkt: Eigentlich war jedermann und jederfrau klar, ob nun aus eigener Anschauung oder nach Lektüre des Richtplans, wir schwimmen in Frauenfeld in einem Überangebot an Parkplätzen. Dass unser damaliger Vorschlag für eine Verlagerung keinen Anklang fand, ist eigentlich gar nicht so schlimm. Wir brauchen nicht um verpasste Chancen zu trauern. Das Überangebot besteht ja weiterhin. Das wurde spätestens im Abstimmungskampf auch dem letzten Skeptiker deutlich, als es im September zum Volkssport wurde, bei der Parkplatzanzeige Altstadtsparkhaus vorbeizuwandern und sich dieses Überflusses zu vergewissern. Diese Parkplatzanzeige wurde nicht nur zu unserer besten Helferin im Abstimmungskampf, sie weist auch den parkplatzpolitischen Weg in die Zukunft. Nutzen wir diese und andere leerstehende Tiefgaragenplätze, um jetzt heute einen Teil der oberirdischen Parkplätze anderen Nutzungen zuzuführen. Der Souverän hat dazu einen steilen Pass gegeben. Jetzt, da der Pulverdampf etwas verraucht ist, darf der Stadtrat diesen Pass annehmen, aufnehmen und pragmatisch vorwärts machen. Mit der Studie zur Freien Strasse hat der Stadtrat selbst das Stichwort gegeben, wo man damit anfangen könnte.

Zweites Kapitel «Officialis automobilis oder die motorisierten Beamt/innen»: So weit so gut. In diese Verlagerungsdiskussion wären wir gern mit euch eingestiegen, nach den Ferien erreichte uns dann aber eine ganz andere Neuigkeit. Die Stadt möchte für den Kanton beim Rüegerholz neue – ich betone neue – Parkplätze schaffen und daher bestehendes Kulturland opfern. Statt die Chance zu nutzen, oberirdische Kantonsparkplätze in den Untergrund zu verschieben oder leerstehende Parkplätze – Stichwort Badiparkplatz während der Bauphase – zu nutzen, wird neu gebaut. Ganz abgesehen davon, dass etwas Knappheit bei den Kantonsparkplätzen die wohlтуende Folge hätte, dass der eine Kollege oder die andere Kollegin aus der kantonalen Verwaltung vielleicht auf den ÖV umsteigt und die Vorzüge des stressfreien und gemeinschaftlichen Fortbewegens für sich entdeckt. Was möchten wir dem Kanton mit diesem Angebot beweisen? Weshalb drücken wir uns davor, als Hauptstadt die eigenen Bedürfnisse anzusprechen? Haben wir gar Angst in Frauenfeld, die Hauptstadtwürde zu verlieren? Ich denke, das brauchen wir nicht zu haben. Da wird noch mancher Tropfen Wasser über die Königswuhr rauschen, bis Amriswil die Hauptstadt unseres Kantons wird. Wir möchten abschliessend einen in Sachen Ökofundamentalismus unverdächtigen Zeitzeugen heranziehen, unser Regierungsrat Urs Martin reist dem Vernehmen nach oft und gern mit dem Zug nach Frauenfeld. Und was dem Martin recht ist, sollte allen Ursen nur billig sein. Gern besprechen wir das Thema Rüegerholzparkplätze im Rahmen einer heute eingereichten Interpellation nochmals in Ruhe mit euch. Und damit zum dritten und letzten Kapitel, das schon ein bisschen weiter zurückliegt.

Drittes Kapitel «Das verschwundene Reglement»: 2018 forderte unsere Fraktion mit einer Motion eine Überarbeitung des Abstellplatz- und Parkierungsreglements, sodass künftig die Fehlansätze wegfallen, immer und überall zu viele Parkplätze zu bauen. In der Beantwortung teilte der Stadtrat mit, dass er bereits einen entsprechenden Auftrag gegeben habe und alles auf dem Weg sei. Entsprechend musste unsere Fraktion von den bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen – ich würde sagen, aus damaligem Wissensstand zu Recht – eine heftige Klatsche entgegennehmen. Das sei doch reine Symbolpolitik, hat es geheissen, eine Motion zu einem allseits als wichtig beurteilten, aber längst schon aufgegleisten Thema einzureichen. Nun, drei Jahre und viele zentrumsnahe Bauprojekte später sieht die Sache etwas anders aus. Offenbar ist der damals versprochene Reglementsentwurf irgendwo verloren gegangen. Dabei wäre eine reglementarische Neubetrachtung der Parkplatzfrage – siehe jetzt wieder ganz aktuell heute zu lesen in der Thurgauer Zeitung die Dimensionierung der kommenden Regierungstiefgarage – wäre eben so eine Neubetrachtung nötiger denn je. Wir bitten den Stadtrat darum, dieser Sache umgehend nachzugehen. Die Sache ist uns wichtig. Einerseits geht es darum, Menschen, die gern auf Autos verzichten oder sich Autos lieber teilen, entsprechendes Bauen zu ermöglichen. Das bringt uns allen, auch den Automobilisten, eine Entlastung. Andererseits wurde damals bei der Diskussion der Motion auch das Thema Verwendung der Spezialfinanzierung angesprochen. Die Klärung, was mit diesen Geldern – da haben wir auch wieder ein aktuelles Beispiel aus Kreuzlingen – alles möglich sein soll, wird uns sicher neue Wege weisen. Sie sehen, zum Thema Parkplätze lassen sich verschiedene Geschichten erzählen. Noch schöner als erzählen ist es, gemeinsam Geschichte

zu schreiben. Dazu braucht es aus unserer Sicht zuerst einmal eine gemeinsame Haltung, wie viele Parkplätze es öffentlich und privat überhaupt braucht. Das Stimmvolk wenigstens hat sich im Bereich öffentliche Parkplätze bereits deutlich dazu geäußert. Zweitens brauchen wir eine Klarheit über die Bewirtschaftung dieser Parkplätze, drittens brauchen wir Klarheit über die Verwendung der erwirtschafteten Mittel – Stichwort Spezialfinanzierung. Viertens brauchen wir etwas Voraussicht. Ich denke, das haben wir. Hier denke ich unter anderem an das Mätteli und die Stadtkaserne, dort entstehen sicher neue Gelegenheiten, auch in die Tiefe zu graben. Und fünftens und letztens brauchen wir Mut für neue Wege. Hier habe ich auch ein Stichwort: Zum Beispiel ein Parkleitsystem oder mal zu überlegen, wie wir die Digitalisierung in dieser Frage besser nutzen können. Für konstruktive Hinweise, das ist ernst gemeint, und Unterstützung des Stadtrats steht unsere Fraktion gerne bereit.

120

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Ich komme zu den Mitteilungen:

- An Ihren Plätzen liegt der Änderungsantrag bzw. das lachsfarbene Papier der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen zur Botschaft Nr. 27 «Erlass eines Reglements für das Alterszentrum Park», die heute traktandiert ist, auf.
- Die eingereichten parlamentarischen Vorstösse werde ich am Ende erwähnen; diese sind jetzt in Zirkulation.
- Mit Beschluss Nr. 30 vom 5. Oktober 2021 hat der Stadtrat die Interpellation «Barrierefreies Frauenfeld – mindestens online» von Gemeinderat Ralf Frei beantwortet – auch ein heutiges Traktandum.
- Mit Beschluss Nr. 339 vom 5. Oktober 2021 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 27 betreffend «Erlass eines Reglements über das Alterszentrum Park» verabschiedet – auch ein Traktandum heute.
- Mit Beschluss Nr. 340 vom 5. Oktober 2021 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 28 betreffend «Alterszentrum Park, Erhöhung der Pensionspreise im Alters- und Pflegeheim Ergaten Talbach» verabschiedet. Ebenfalls heute auf der Traktandenliste.
- Mit Beschluss Nr. 342 vom 19. Oktober 2021 hat der Stadtrat die stille Wahl von Stefan Holdener von der Partei Die Mitte, in die Rechnungsprüfungskommission als Ersatz von Gemeinderat Nathanael Hug für den Rest der Legislatur 2019-2023 bestätigt.
- Mit Beschluss Nr. 353 vom 26. Oktober 2021 hat der Stadtrat den Rücktritt von Gemeinderätin Ursula Duewell per 30. November 2021 genehmigt und die Stadtkanzlei beauftragt, das Ersatzwahlverfahren einzuleiten.
- Mit Beschluss Nr. 363 vom 2. November 2021 hat der Stadtrat den Rücktritt von Wahlbüromitglied Sebastian Dreyer per 15. November 2021 unter Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt. Das Vorschlagsrecht für das Ersatzwahlverfahren steht der Fraktion Die Mitte/EVP zu.
- Mit Beschluss Nr. 372 vom 9. November 2021 hat der Stadtrat anstelle von Gemeinderätin Ursula Duewell für den Rest der Amtsdauer 2019 bis 2023 ab 1. Dezember 2021 Kathrin Widmer Gubler als gewählt erklärt.
- Mit Beschluss Nr. 374 vom 9. November 2021 hat der Stadtrat die einfache Anfrage «Kultur ja, Tradition nein» von Gemeinderat Romeo Küng beantwortet.
- Im Anschluss der Sitzung findet im grossen Bürgersaal eine nicht öffentliche Informationsveranstaltung mit Informationen aus den Departementen Finanzen und Zentrales sowie Bau und Verkehr statt.

121

PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 6. OKTOBER 2021

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Das Protokoll der Sitzung vom 6. Oktober 2021 wurde am 25. Oktober 2021 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Bis jetzt sind keine Änderungswünsche oder Ergänzungen eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt und ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

122

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019-2023 (NACHFOLGE VON MARIA GYSEL, FRAKTION SVP/EDU)

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Mit Schreiben vom 18. September 2021 teilte Frau Maria Gysel ihren Rücktritt aus dem Wahlbüro per sofort mit. Die Fraktion SVP/EDU hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für ein Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019-2023.

Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Im Namen der Fraktion SVP/EDU schlage ich Ihnen Matthias Guggisberg vor. Er hat Jahrgang 1978, ist Sekundarlehrer und verheiratet. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Vorgeschlagen ist Matthias Guggisberg. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen vor, die Wahl gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements offen durchzuführen.

Abstimmung

Matthias Guggisberg wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019-2023 gewählt.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Ich gratuliere Matthias Guggisberg herzlich zur Wahl und wünsche ihm viel Freude bei der Arbeit im Wahlbüro.

123

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019-2023 (NACHFOLGE VON LEA BLOCH, FRAKTION CH/GP/GLP)

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Mit Schreiben vom 17. September 2021 teilte Frau Lea Bloch ihren Rücktritt aus dem Wahlbüro per 30. September 2021 mit. Die Fraktion CH/GP/GLP hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für ein Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019 bis 2023.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Unsere Fraktion schlägt Ihnen als neues Mitglied des Wahlbüros Frau Eva Siegenthaler, Jahrgang 2000, von Beruf Studentin zur Wahl vor.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Vorgeschlagen ist Eva Siegenthaler. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen vor, die Wahl gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements offen durchzuführen.

Abstimmung

Eva Siegenthaler wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019 bis 2023 gewählt.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Ich gratuliere Eva Siegenthaler herzlich zur Wahl und wünsche ihr viel Freude bei der Arbeit im Wahlbüro.

124

INTERPELLATION «BARRIEREFREIES FRAUENFELD – MINDESTENS ONLINE» VON GEMEINDERAT RALF FREI

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Mit Beschluss Nr. 330 wurde die Interpellation betreffend «Barrierefreies Frauenfeld – mindestens online» von Gemeinderat Ralf Frei vom Stadtrat am 5. Oktober 2021 beantwortet. Wir dürfen den Inhalt der Antwort und der Interpellation nun noch im Parlament diskutieren, sofern dies gewünscht wird.

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im eigenen Namen: Ich danke dem Stadtrat und den involvierten Personen, insbesondere Cornelia Trefzer und ihrem Team in der Abteilung Kommunikation, für die äusserst sorgfältige Beantwortung meiner Interpellation, die höchst spannende Erkenntnisse zutage gebracht hat. Nun, wie viel ist uns die Barrierefreiheit der städtischen Websites wert? Dies ist die Kernfrage meines Vorstosses. Das mögliche Spektrum geht von «Wir machen gar nichts» bis zur von mir vorgeschlagenen Zertifizierung, die bald eine halbe Million Franken kosten würde. Der Stadtrat wählt einen Weg zwischen diesen Polen. Ich bin der Meinung, das sollte der Stadtrat nicht allein entscheiden, der Gemeinderat soll hier auch noch ein wenig mitreden, da der Weg, der eingeschlagen wird, doch weitreichende Auswirkungen hat. Wie viel ist uns die Barrierefreiheit der städtischen Websites also wert? Diese grundpolitische Frage möchte ich gern auch von der Legislative beantwortet haben und beantrage deshalb die Diskussion.

Abstimmung

Dem Antrag auf Diskussion wird einstimmig zugestimmt.

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im eigenen Namen: Schön, dass wir in diesem Rat über das Thema Barrierefreiheit im Internet diskutieren. Ich finde, das gibt mal einen hübschen Kontrast zu den omnipräsenten Dauerbrennern. Ja, Barrierefreiheit im Netz war für viele hier drin wahrscheinlich noch kein Begriff oder mindestens kein allzu wichtiger. Ich habe daher versucht, bereits im Vorstoss aufzuzeigen, wo und wie Hürden im Netz entstehen und was die Folgen davon sein können. Die Beantwortung des Stadtrats hat hoffentlich noch weiter zum Verständnis beigetragen. Der Stadtrat möchte beim Thema Barrierefreiheit der städtischen Websites also einen pragmatischen Weg einschlagen mit ordentlichen Sofortmassnahmen, einem zukunftsgerichteten Blick, aber ohne die umfassende Aufarbeitung bestehender Inhalte und die dadurch ermöglichte Zertifizierung der Websites. Ich nehme da wohl gleich ein wenig Spannung aus der Diskussion, wenn ich dem Stadtrat hier beipflichte, der beabsichtigte Weg ist ein sehr guter Weg mit einigen zugegebenermassen überfälligen Quick-Wins auf der einen Seite und aufwendigeren, aber äusserst sinnvollen Investitionen in die Zukunft auf der anderen. Ich führe gern zwei Punkte aus:

1. Quick-Wins: Da zähle ich beispielsweise die Behebung technischer Mängel dazu, Anpassungen von Kontrasten oder Schriftgrössen sind nicht sehr aufwendig, bringen aber bereits ordentliche Verbesserungen mit sich. Ich sehe wirklich nichts, was gegen solche Quick-Wins sprechen sollte. Also los!
2. Die grösseren Sofortmassnahmen: Ich picke da mal die PDF-Geschichte raus, die wohl das grösste Problem darstellt. Wenn man sich mal vor Augen führt, dass gegenwärtig wohl kein

einziges der vorhandenen PDFs barrierefrei ist, dann bin ich wirklich froh, dass ich das Thema mal aufs politische Parkett gebracht habe. Nur ein paar Beispiele: Gemeindeordnung, Register zur Offenlegung der Interessenbindungen von Legislative und Exekutive und sogar Abstimmungsbotschaften sind nicht für alle zugänglich. Bedenklich.

Der Stadtrat hat das jetzt aber erkannt und beabsichtigt statt einer grossflächigen Aufarbeitung der bestehenden PDFs nicht weniger als einen Paradigmenwechsel. Die Abkehr von PDFs dort, wo es möglich ist, ist ein ordentlicher Brocken Kulturwandel, der sowieso kommen wird. Freuen Sie sich über jeden Schritt davon, der geschafft ist. Ich selbst bin ja ursprünglich auch Freund von diesen starren, quasi in Stein gemeisselten Dokumenten, wo man keine Bedenken haben muss, wie das jetzt aus dem Drucker kommt. Aber PDFs sind nicht die Zukunft im Netz, sie sind viel zu umständlich und sollten tatsächlich möglichst vermieden werden. Klingt unangenehm, ist aber nur konsequente Digitalisierung. Dem gegenüber steht natürlich die Haltung, dass PDFs nie ganz verschwinden werden, was ebenfalls glasklar ist, gerade in der öffentlichen Verwaltung. Die daraus abgeleitete Massnahme des Stadtrats, dass alle neuen PDFs dann halt ganz einfach barrierefrei produziert werden, tönt einfach, ist aber leider überhaupt nicht trivial und letztlich der einzig gangbare Weg.

Wenn ich mir vorstelle, dass die Stadt mehrere Mitarbeitende ausbilden lässt, damit diese barrierefreie PDFs erstellen können und dass ebenfalls mehrere Mitarbeitende im Thema Barrierefreiheit geschult werden, dann kommt schon fast ein wenig Stolz auf. Das ist doch mal eine saubere Investition ins Personal, die sich unmittelbar in Ergebnissen zeigt. Mit diesem Vorgehen kann Frauenfeld doch mal eine saubere Vorreiterrolle im Kanton übernehmen. Bitte beginnt so bald wie möglich damit.

Ich könnte an dieser Stelle noch ganz viel zu den anderen Sofortmassnahmen sagen, aber ich habe euch wahrscheinlich schon genug mit technischen Details gelangweilt. Kommen wir noch zur Frage der möglichen Zertifizierung, die ich vorgeschlagen habe.

Die Zahlen sprechen da natürlich für sich, die Kosten wären tatsächlich nicht verhältnismässig. Schauen wir besser nach vorne, als für sehr viel Geld teilweise sehr alte Inhalte aufzupeppen, die ohnehin längst überholt sind. Ich meine, zum Beispiel das Video zur Eröffnung der Weihnachtsbeleuchtung 2018 heute noch zu untertiteln, wäre wohl wirklich sinnbefreit, auch wenn das Video als Zeitzeugnis durchaus berechtigt auf der Website zu finden ist.

Zur Möglichkeit der Aufarbeitung alter PDFs bringt der Stadtrat das Beispiel des Geschäftsberichts 2020 vor, dieses PDF dürfte von Umfang und Gestaltung her als Extrembeispiel bewertet werden, es zeigt sich jedoch, dass eine Anpassung solcher Dokumente weit weg von der Verhältnismässigkeit ist. Daher stütze ich auch hier die Haltung des Stadtrats, auf die Zertifizierung zu verzichten, auch wenn es sich bei einer Zertifizierung der Stiftung «Access for all» mal um ein Label handeln würde, das auch was bewirkt. Die Wirkung kann allerdings auch nach hinten losgehen. Ich bringe da nochmals das Beispiel mit dem Video zur Weihnachtsbeleuchtung 2018. Für eine Zertifizierung gäbe es aus meiner Sicht zwei Möglichkeiten, wie mit dem Video umgegangen werden müsste: 1. Man untertitelt es oder 2. man nimmt es ganz einfach von der Website runter. Zum Untertiteln würde sich niemand mehr Aufwand betreiben wollen, es wäre folglich ganz einfach schade um das Zeitzeugnis, das dann nicht mehr auf der Website zu finden ist.

Ich fasse meine Einschätzung zum geplanten Vorgehen des Stadtrats noch einmal zusammen: Saubere Arbeit, pragmatisches Vorgehen, aber ich erwarte eine konsequente Umsetzung der Massnahmen. In naher Zukunft muss es einen Stichtag geben, ab welchem nur noch barrierefreie Inhalte und insbesondere barrierefreie PDFs auf die Website kommen. Ein Wischiwaschivorgehen mit einzelnen Ausnahmen, weil es eben dann noch zu umständlich ist oder die Zeit drängt, ist nicht akzeptabel. Hier sei aber auch direkt der Hinweis zuhanden des Stadtrats platziert: Achtet auf euer Personal. Die Aufarbeitung von Inhalten zur Barrierefreiheit ist so eine Aufgabe, die typischerweise einfach noch zur ohnehin vorhandenen Arbeit dazukommt, ohne

dass anderes wegfällt. Ich habe da wirklich meine Zweifel, ob das in der personell schmal dotierten – ich meine nach Stellenprozenten schmal dotierten – Abteilung Kommunikation nicht am Ende zu einer Arbeitsüberlastung kommen wird. Ich kann selbstverständlich zu wenig einschätzen, was effektiv auf die Abteilung zukommt und was an anderen Orten anfällt, aber hier oder dort – das ist Mehraufwand. Die Beantwortung der Interpellation zeigt es aber deutlich, Barrierefreiheit gibt's nicht gratis. Nichtsdestotrotz bin ich entschieden der Meinung, dass wir diesen Weg gehen müssen.

Gemeinderat Reto Brunschweiler (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Mir als meistens glücklichem Mitbürger, der seinen Alltag ohne Einschränkungen leben, regeln und geniessen kann, ist in der Regel nicht permanent bewusst und präsent, was es heisst, mit einem Handicap durchs Leben gehen zu müssen. Dies auch im Bereich der Informationsbeschaffung zum Beispiel auf den Webseiten der Stadt Frauenfeld und deren Betriebe. Wir öffnen eine Homepage, suchen und finden meistens, was wir suchen. Ja, ausser auf dem Dossierbrowser der Stadt Frauenfeld. Spass beiseite. Die in der Interpellation gestellten Fragen sind damit durchaus berechtigt und müssen auch künftig in einem iterativen Prozess regelmässig kritisch hinterfragt werden. Die Antwort des Stadtrats auf die Interpellation erachten wir als sehr aussagekräftig, reflektiert und umfassend. Besten Dank dafür. Die Auslegeordnung zeigt aber auch klar auf, was für die Erreichung einer Zertifizierung an Ressourcen investiert werden müsste. Der Beizug der externen Fachstellen zur Überprüfung des aktuellen Stands erachten wir als zielführend und gut. Die Überprüfung hat Handlungsbedarf aufgezeigt, welche der Stadtrat bereits mit Sofortmassnahmen zur Lösung initiiert hat. Vor allem der Ansatz, durch Schulung der Mitarbeitenden bei der Erstellung von Unterlagen auf die Erfüllung grundlegender Standards zu achten, ist sinnvoll und verhilft zu einer Qualitätssteigerung, mindestens in der Form. Die Fraktion FDP ist klar der Meinung, dass auch in diesem Bereich mit Augenmass und gesundem Menschenverstand vorgegangen werden muss. Der finanzielle und personelle Aufwand muss mit Bedacht beurteilt werden und dem materiellen Mehrwert gegenüber klar gerechtfertigt sein. Eine 100%-Lösung für alle wird es auch in Zukunft nicht geben, das Paretoprinzip oder eben die Verhältnismässigkeit soll auch hier greifen. Wir unterstützen daher das Vorgehen des Stadtrats vollumfänglich, auf eine Zertifizierung zu verzichten, regelmässig das Webseitenangebot der Stadt prüfen zu lassen und Verbesserungen durch interne Schulungen laufend einfliessen zu lassen.

Gemeinderat Christoph Tobler (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und den involvierten Personen für die gewissenhafte und ausführliche Beantwortung der Interpellation. Das Thema wird ernstgenommen, das ist gut. Die Beantwortung der Interpellation führt das bereits aus, dass Webinhalte aufgrund diverser Einschränkungen für viele Menschen schwer zugänglich sind. Dies betrifft mehr Menschen, als man zuerst einmal annimmt, es ist also kein Nischenthema, wenn es vielleicht auch wenig bekannt ist. Das Gemeinwesen besteht aus der Gesamtheit ihrer Bürgerinnen und Bürger und ist diesen entsprechend auch verantwortlich. Dies betrifft entsprechend alle Einwohner, auch die Schwachen und Benachteiligten. Dieser Symbolik sollte man sich bewusst sein. Das Aufgreifen dieser Thematik sendet also ein starkes Signal. Wichtig, es zu ignorieren oder nichts zu tun, wäre ein ebenso starkes Signal, aber in die klar falsche Richtung. Die Umsetzung in der Praxis ist dann die nächste Frage. Hier gilt es, einen geeigneten – wie man so schön sagt – pragmatischen Mittelweg zu finden. Zum einen lässt sich sicher ermitteln, auf welche Teile der Webseite besonders häufig zugegriffen wird, zum Beispiel relevante Informationen zum alltäglichen Leben, zum anderen gibt es sicherlich einige demokratische Schlüsselthemen, für die der Zugang erleichtert werden muss, auch wenn die Nachfrage danach vielleicht nicht derart hoch ist. Die Beantwortung der Interpellation zeigt hinsichtlich des pragmatischen Mittelwegs gut nachvollziehbar die zum einen relativ hohen Kosten einer Zertifizierung zur Barrierefreiheit als Maximalforderung und gleichzeitig aber die trotzdem angestrebten Massnahmen, um den digitalen Zugang zu erleichtern. Die sieben konkreten Vorschläge sind dabei sicher zielführende Massnahmen. Nochmals: Wir finden es sehr gut, dass konkrete Vorschläge direkt aufgezeigt werden. Wir sind aber auch gespannt auf die Umsetzung und hoffen, dass mit der Beantwortung der Interpellation die Thematik nicht

einfach wieder in einer Schublade verschwindet. Wir sollten uns bewusst sein, eine Gesellschaft wird an ihrem Umgang mit den Schwächsten gemessen, auch digital.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:

Herzlichen Dank an Ralf Frei für die interessante Interpellation. Gut, hast du hingeschaut und daran gedacht. Und danke an die Stadt, für die guten Abklärungen und die umfassenden Informationen. Lieber Stadtrat, wir freuen uns über die Hauptaussage, wir sind im grünen Bereich. Doch wenn man die nachfolgenden Aussagen liest, kann man unseres Erachtens darüber auch eine andere Meinung haben. Somit gilt hier, falls wir wirklich im grünen Bereich sind, dann ist aus unserer Sicht der grüne Bereich hier einfach viel zu tief angesetzt. Es hat sehr viel Luft nach oben. Weil der Stadtrat dies aber offensichtlich auch selbst gemerkt hat, sind wir mit seinen Schlussfolgerungen doch mehrheitlich zufrieden. Eine Zertifizierung ist für uns kein hohes Ziel. Alle zentralen Punkte der Barrierefreiheit sollen aber geprüft werden und es soll ein detaillierter Ergebnisbericht mit konkreten Verbesserungsvorschlägen erstellt werden. Der Gemeinderat – oder zumindest eine GPK – sollte diesen Bericht proaktiv zur Kenntnis erhalten, was mit dem neuen Informationsreglement ja auch ohnehin selbstverständlich sein wird. Zu ergänzen wären dann aber auch die Ideen des Stadtrats zum Umgang mit den Verbesserungsvorschlägen. Die Kosten sollten in einem gesunden Verhältnis zum Nutzen sein. Hohe Kosten scheint es vor allem mit dem aufwendigen Verfahren bei PDFs zu geben. Hier ist Vorbeugen und Information angesagt. Die Veränderungssicherheit sollte darunter aber nicht leiden. In der Vergangenheit erstellte PDFs sollten nur dann nachträglich noch angepasst werden, wenn deren grosse Bedeutung für die Zukunft klar ist, also bei Reglementen, dafür nur sehr, sehr zurückhaltend bei älteren Protokollen etc.

Etwas Anderes ist uns aber schon noch sauer aufgestossen. Vielleicht haben wir es einfach falsch verstanden oder der Stadtrat hat eine andere gute Erklärung. Im Kapitel über Thurplus steht, dass bei der Offertevaluation für die Webseite die Barrierefreiheit ein wichtiges Entscheidungskriterium war und der Anbieter profiliert sich damit, dass die Zugänglichkeit für Behinderte sichergestellt sei. Trotzdem ist sie nicht auditreif. Es wird erklärt, wo der Fehler steckt. Der Widerspruch zwischen Offerte und Leistung scheint extrem frappant. Wie sieht das der Stadtrat und wie hat man darauf reagiert? Kann man eine nachträgliche Anpassung durchsetzen oder gibt es, was niemandem nützt und trotzdem tröstend wirken kann, eine Preisreduktion oder eine Rückerstattung?

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Auch wir möchten für die sorgfältige und gut begründete Antwort auf die Interpellation danken. Uns ist es wichtig, dass dieses Thema ernstgenommen wird, die Antworten weisen darauf hin. Eine Zertifizierung erachten wir wie der Stadtrat und auch der Interpellant als nicht unbedingt notwendig. Allerdings sollte die Barrierefreiheit bei neuen Aufträgen und neuen Inhalten bei der Erstellung oder bei den Ausschreibungen besser berücksichtigt werden. Uns ist auch aufgefallen, dass die Webseite von Thurplus neuer, aber schlechter als die Webseite aus dem Framework rund um frauenfeld.ch ist, obwohl bei Thurplus die Barrierefreiheit ein wichtiges Entscheidungskriterium war. Das hat auch uns stutzig gemacht. Der angekündigte Bericht zum Accessibility Review soll doch mindestens dem Interpellanten oder halt der GPK bekanntgemacht werden. Ich möchte der Stadt noch danken, generell möglichst allen Einwohnerinnen und Einwohnern möglichst den gleichen Service zu bieten. Denn so viele sind auf zusätzliche Hilfe angewiesen und das kann uns allen schneller passieren, als uns lieb ist:

Eine Ärztin kann schwer erkranken, ein Seiltänzer böse wanken.
Die Kräfte können im Alter schwinden, ein Adlauge erblinden.
Farben werden nicht unterschieden, das Lernen zwangsläufig gemieden.
Buchstaben gleichen den Zeichen der Chinesen, beim Schreiben oder Lesen.
Sind in der hiesigen Sprache komplett verloren oder es droht langsam Stille in den Ohren.
Opfer von Gewalt brauchen Schutz, ebenfalls jene ohne Stutz.
Geburtsgebrechen seit jeher stressen, unsere Kinder bitte nicht vergessen.

Entwicklungen können im Wachstum blocken, das Gehirn bedrohlich komisch bocken.
Ein Genie kann verdummen und ein Politiker verstummen.

Gemeinderat Hanspeter Gubler (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Besten Dank an den Stadtrat für die ausführliche Beantwortung. Diese Standortbestimmung finden wir begrüssenswert. Der Eigenantrieb der Exekutive wäre wünschenswert gewesen, da diesbezüglich schliesslich auch gesetzliche Vorgaben – Behinderten-Gleichstellungsgesetz (BehiG) – bestehen. Das Ergebnis erachten wir als zufriedenstellend bis gut. Ob ein AA-Rating erstrebenswert ist, ist für uns fraglich. Einmal mehr stellt sich für unsere Fraktion die Frage nach dem Aufwand und dem Ertrag. Faktisch sind rund 2.5 % der Bevölkerung von einer Beeinträchtigung betroffen. Beachtet man nun die Ausführungen des Stadtrats bezüglich der barrierefreien PDFs, scheint der Aufwand dazu gar unverhältnismässig, zumal das Resultat letztlich auch nutzerabhängig, sprich Hardware- und Software-abhängig ist. Wir finden, dass die Zugänglichkeit für alle zwingend gewährleistet werden muss, hingegen nicht für jedermann in jeder Form. Und da geht es nicht um Gleichstellung oder Fairness, sondern darum, dass wir schliesslich von Beeinträchtigungen sprechen, welche wir nun mal nicht einfach aus der Welt schaffen können. So sind nebst den städtischen Alternativen wie telefonische Auskünfte oder der Schalter im Rathaus auch diverse externe Hilfestellungen vorhanden, welche beim vorliegenden Geschäft nicht ausser Acht gelassen werden dürfen.

Fazit: Die Thematik ist stadintern bekannt, wird verfolgt, verbessert und angewandt. Aus der vorliegenden Interpellation sollten die notwendigen Schlüsse gezogen werden, so sollten aus unserer Sicht wiederkehrende Kontrollen und ggf. Anpassungen vorgesehen werden. Allenfalls sollte die Umsetzung der Barrierefreiheit mit Thurplus synchronisiert werden. Übrige Unstimmigkeiten und Doppelspurigkeiten sollten ebenfalls aufgegriffen und künftig vermieden werden. Rückwirkende Anpassungen und Korrekturen sind keinesfalls vorzusehen.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Auch von Seiten des Stadtrats herzlichen Dank an den Interpellanten Ralf Frei für die Interpellation, die durch die Bearbeitung natürlich spannende Resultate zutage gebracht hat und uns auch zu diesen verschiedenen Massnahmen, aber auch zu denen, die wir nicht ergreifen, geführt hat. Ich danke auch Ihnen für die Diskussion und die Würdigung dieser Antwort. Ich gehe gern auf einzelne Aspekte, die in der Diskussion genannt wurden, ein.

Der Stadtrat ist der Meinung, mit einem pragmatischen Weg ohne Zertifizierung vieles erreichen zu können von dem, was der Interpellant aufgeworfen hat. Wir sind auch der Meinung, dass im Zusammenhang mit den PDFs zukünftig die Schulung notwendig ist und die Barrierefreiheit gewährleistet werden muss, soweit das auch möglich ist. Und wir sind am Abklären, wie das geschehen kann, mit welchen internen bzw. externen Ressourcen. Auch an dieser Stelle ganz herzlichen Dank für den Hinweis auf die nicht allzu üppigen Ressourcen in diesem Zusammenhang, denn das ist so, die Kommunikationsabteilung ist gut bestückt, aber nicht für jede Arbeit gleich gut, was den Umfang betrifft.

Wir werden diesen Bericht, der ausstehend ist, sicher der GPK zur Kenntnis bringen. Ob wir weitere Kontrollen und zukünftige Berichte in Bezug auf dieses spezifische Thema machen werden, kann ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht versprechen. Gerade deshalb auch nicht versprechen, weil das auch wieder Ressourcen braucht. Ich persönlich investiere die Ressourcen lieber in konkrete Taten als in Berichte.

Dass Thurplus in Bezug auf die Barrierefreiheit mit der neuen Homepage offenbar gemäss Aussagen anderer nicht so ein gutes Resultat erbracht hat, hat auch uns natürlich stutzig gemacht. Diesbezüglich sind wir auch in Diskussion. Allerdings zeigt gerade das Beispiel von Thurplus, dass es proaktiv angegangen wurde. Der Stadtrat bzw. die Departemente schauen das Thema auch proaktiv an, aber, und das ist die Schwierigkeit, Barrierefreiheit zu definieren, das ist nur schon mal eine Geschichte. Und Fokus, was heisst barrierefrei, ist auch wieder etwas anderes. Ein Bei-

spiel aus der dreidimensionalen Welt: Damit die Einstiegsmöglichkeit in Stadtbusse und Postautos gewährleistet werden kann, müssen die Trottoirs und die Einstiegskanten 23 cm hoch sein. Das ist praktisch für das Einsteigen, aber es ist höchst unpraktisch, wenn man von so einem hohen Trottoirrand wieder runter muss. Gerade für Leute, die gehbehindert sind. Und im Übrigen auch für Personen, die einen engen Rock tragen. An dieser Stelle auch noch einen herzlichen Dank für das Gedicht an den Dichter, das bräuchte eigentlich eine Veröffentlichung in einer Zeitung, das nur als Hinweis an die Journalisten hier im Saal. Ganz herzlichen Dank für die Diskussion und für die konstruktiv kritische Begleitung des Stadtrats in diesem Thema.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Wir haben somit die Diskussion zur Interpellation «Barrierefreies Frauenfeld – mindestens online» abgeschlossen.

125

BOTSCHAFT NR. 27 «ERLASS EINES REGLEMENTS ÜBER DAS ALTERSZENTRUM PARK» EINTRETEN, DETAILBERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Dem Gemeinderat wurde am 5. Oktober 2021 vom Stadtrat die Botschaft Nr. 27 betreffend «Erlass eines Reglements über das Alterszentrum Park» vorgelegt. Die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen hat diesbezüglich eine Kommissionsfassung erstellt, welche wir heute beraten. Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte, danach können allgemeine Voten zur Detailberatung gehalten werden, bevor wir Artikel für Artikel durch das Reglement gehen. Bitte bringen Sie Anträge zu Artikeln dann vor, damit wir direkt dazu abstimmen können. Zum Schluss werden wir eine Gesamtabstimmung vornehmen, bevor das Reglement an die Redaktionskommission überwiesen wird. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein, dann gehen wir wie vorgeschlagen vor.

EINTRETEN

Gemeinderat Alfred Bloch (SP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Ich erwähne hier nur die wichtigsten Diskussionspunkte, die Details können Sie ja im Protokoll nachlesen. Für das Eintreten: Die Aktualisierung aller Reglemente des AZP ist einer der Legislatorschwerpunkte 2019 bis 2023. Diese Aktualisierung geschieht nun mit dieser Botschaft. Es ist gut, wenn der Gemeinderat nun das Ziel angibt, wie es mit dem AZP weitergehen soll. Dieses nun vorliegende Reglement ist auch ein gutes Instrument im Hinblick auf das Qualitätsmanagement. Im Juli/August 2021 ging der Entwurf in die Vernehmlassung, diese hat viele wertvolle Inputs gebracht. Die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen hat diskussionslos und einstimmig Eintreten beschlossen.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Wird das Wort zum Eintreten gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich entnehme daraus, dass das Eintreten unbestritten und damit stillschweigend genehmigt ist.

DETAILBERATUNG

Gemeinderat Alfred Bloch (SP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Die GPK hat das neue Reglement Artikel für Artikel durchberaten. Über den Art. 5.2 b wurde länger diskutiert und aufgrund dieser Diskussion ergab sich unser Antrag, siehe lachsfarbenes Papier. Ebenfalls zu reden gab der Art. 9 Abs. 1 c über die interne Aufsicht. Diese war bisher nicht sauber geregelt und genügt für die heutigen Bedürfnisse nicht mehr, deshalb muss sie nun genauer ausgestaltet werden. WLAN wird im Wohnungspreis Art. 15 Abs. 2 dann erwähnt, sobald das AZP über ein eigenes WLAN-Netzwerk verfügt. Art. 19 Sicherheitsleistung: Es wird vonseiten der Heimleitung versichert, dass sie sich bemüht, für Personen, die

Probleme beim Bezahlen der Sicherheitsleistung haben, eine für alle Seiten befriedigende Lösung zu finden. Art. 21 Solidaritätsfonds: Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass dieser Fonds von Spenden und Legaten gespiesen wird und nicht mit Steuergeldern. Dem Antrag 1 und dem Antrag 2 der Botschaft stimmt die GPK Gesundheit, Gesellschaft und Freizeitanlagen einstimmig zu.

Gemeinderätin Ursula Duewell (FDP), Referentin im Namen der Fraktion FDP: Wir danken dem Stadtrat für die ausführliche Botschaft. Nach 38 Jahren hat das Alterszentrum Park ein eigenes Reglement verdient. Im vorliegenden Reglement werden die aktuelle Situation des AZP als öffentlich-rechtlicher Betrieb der Stadt mit eigener Rechnungslegung und die aktuelle Situation und Aufgabenteilung wiedergegeben. Dieses Reglement wird die verschiedenen Reglemente und Verordnungen des Stadtrats ersetzen. Bei der Aufgliederung Art. 6 finden wir es richtig, dass auf eine Aufteilung zwischen Alters- und Pflegeheim verzichtet wird. Dies widerspiegelt die Tatsache, dass man heute länger zu Hause bleibt und erst im hohen Alter oder bei fortgeschrittener Bedürftigkeit ins AZP eintritt. Es ist bereits heute so, dass ein Bewohner bei einer Verschlechterung des Gesundheitszustands nicht die Abteilung wechseln muss, sondern in seinem Zimmer verbleiben kann. Das Reglement regelt in den Art. 7 bis 9 die Organisation und damit die Verantwortung betreffend Aufsicht, strategischer und operativer Führung. Der Gemeinderat ist weiterhin Aufsichtsorgan und legt weiterhin die Pensions- und Betreuungspreise fest. Die interne Aufsicht und die strategische Führung liegen hingegen neu beim Stadtrat. Die operative Führung obliegt gemäss Art. 7 Abs. 3 dem Zentrumsleiter bzw. der Zentrumsleiterin. Faktisch hingegen übernimmt heute jedoch eine fünfköpfige Zentrumsleitung unter der Leitung des Zentrumsleiters die operative Führung. Die Zuständigkeiten zwischen Gemeinderat, Stadtrat und Zentrumsleitung sowie die Beziehung zwischen dem AZP und den Bewohnern werden geregelt und damit auch gegen aussen kommuniziert. Die Art. 11 bis 17 zeigen auf, was die Pensions- und Wohnungspreise sowie die Betreuungstaxen beinhalten. Es wird auch festgehalten, dass Zusatzleistungen, die das AZP anbietet, nicht von dritter Seite bezogen werden dürfen. Unter Art. 20 wird einerseits unter Abs. 2 festgehalten, dass die Preise im Pflegeheim mindestens die Betriebskosten, allfällige Betriebsdefizite und werterhaltende Investitionen decken müssen, und Abs. 3 zeigt auf, dass bereits eine Verordnung aus den 90er-Jahren festgehalten hat, dass Neubauten, Gesamtrenovierungen, Ausbauten an den Gebäuden bei Bedarf durch die Stadt mit Steuergeldern vorgesehen ist. Es ist am Gemeinderat und an den Stimmberechtigten zu entscheiden, ob dies durch eine Vorfinanzierung wie bei der Parksiedlung Talacker oder durch Investitionen zu Lasten der Steuerzahler bezahlt werden soll. Mit dem Zusatz, dass auch Defizitbeiträge bei ausserordentlichen Ereignissen durch die Stadt übernommen werden sollen, sind wir hingegen nicht einverstanden. Wir werden deshalb in der Detailberatung bei Art. 20 Abs. 3 den Antrag stellen, diesen Zusatz zu streichen. Hingegen werden wir dem angekündigten Antrag unter Art. 5 Abs. 2 zustimmen, dass Personen, die mit Menschen zusammenleben, die die Bedingung unter a und b erfüllen, Vorrang gegenüber Auswärtigen haben sollen. Die Fraktion FDP begrüsst den Erlass eines Reglements über das Alterszentrum Park und wird den Anträgen einstimmig zustimmen.

Gemeinderätin Priska Brenner-Braun (GP), Referentin im Namen der Fraktion

CH/GP/GLP: Wir danken Ihnen für diese sorgfältig ausgearbeitete Vorlage und begrüssen es, dass die bisherigen Reglemente und Verordnungen neu in einem Reglement und einer Verordnung zusammengefasst werden. Dies dient der Rechtssicherheit und ermöglicht es den Adressaten, sich unkompliziert über die Aufgaben, die Organisation und die Finanzen des Alterszentrums Park zu informieren. Künftige Revisionen von Bestimmungen werden dadurch vereinfacht und transparenter. Wir danken Ihnen ebenfalls für die Vernehmlassung und dafür, dass die Rückmeldungen in die Überarbeitung aufgenommen wurden. Besonders positiv fallen folgende Punkte auf: Die Betriebsrechnung wird nach Vorgaben des Kantons geführt. Das AZP führt die Rechnung nach dem Branchenkontorahmen von Curaviva, Pensionspreise, Betreuungstaxen und Pflegeaufwand werden gesondert ausgewiesen. Die Tarifhoheit der Pensionspreise und der Betreuungstaxen liegt weiterhin beim Gemeinderat. In Art. 20 Abs. 3 wird festgehalten, dass Neubauten, Gesamtrenovierungen oder Ausbauarbeiten an den Gebäuden durch die Stadt mit

Steuergeldern und durch die beteiligten Vertragsgemeinden anteilmässig finanziert werden. Somit dürfte gesichert sein, dass wertvermehrende Investitionen nicht aus den Pensionspreisen finanziert werden. Im gleichen Artikel wird ebenfalls die Rechtsgrundlage dafür geschaffen, dass Defizitbeiträge bei ausserordentlichen Ereignissen bei Bedarf durch die Stadt finanziert werden können. Wir denken hier beispielsweise an die derzeitige Pandemie. Nicht einig ist man sich in der Fraktion bezüglich Art. 20 Abs. 2. Die festgesetzten Preise im Pflegeheim haben mindestens die Betriebskosten zu decken. Hier ist man sich nicht einig, ob das Wort «mindestens» den Zweck hat, auch höhere Pensionspreise zu ermöglichen und ob dies gewünscht wird oder nicht. Zur Verordnung des Stadtrats über das Alterszentrum Park möchten wir Folgendes anmerken: Art. 17 Übertritt: Abs. 1 a: Ein Übertritt in eine Pflegewohnung ist in folgenden Fällen angezeigt: Bei Selbst- oder Fremdgefährdung gemäss ärztlicher Beurteilung. Hier setzen Sie eine Klammer: beispielsweise Demenz. Die Anmerkung in der Klammer «Beispielsweise Demenz» kann stigmatisierend wirken und verunsichern. Vermutlich leiden zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner des AZP zumindest an einer leichten demenziellen Erkrankung, nur wenige von ihnen werden im Rahmen einer ärztlichen Beurteilung allenfalls gegen ihren Willen verlegt werden müssen. Gleichzeitig gibt es für Verlegungen und/oder fürsorgerische Unterbringungen auch im Alter verschiedene Gründe wie Suchterkrankungen, somatische Erkrankungen oder Verwahrlosungstendenzen. Wir empfehlen, die Bemerkung in Klammern wegzulassen. Die Fraktion CH/GP/GLP wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:

Wir haben es schon ein wenig gehört, das vorliegende Gesetzgebungsprojekt bezweckt im Wesentlichen die Überführung des historisch gewachsenen Strausses an Rechtsnormen betreffend das AZP in ein einziges Reglement mit zugehöriger Verordnung. Diese Zusammenfassung und Verschlinkung der massgebenden Rechtsgrundlagen macht natürlich Sinn und ist aus Sicht des Rechtsanwenders begrüssenswert. Ich weiss aus eigener Erfahrung zur Genüge, wie mühsam es ist, wenn man sich das geltende Recht aus fünf verschiedenen Gesetzen zusammenreimen muss.

Zum Inhaltlichen: Unsere Fraktion bzw. die Parteien Die Mitte und EVP haben sich bereits im Sommer eingehend mit der Vorlage befasst und eine umfassende Vernehmlassungsantwort eingereicht. Heute können wir feststellen, dass unsere damaligen Hinweise und Änderungsvorschläge sowohl in Bezug auf das Reglement als auch in Bezug auf die Verordnung fast ausnahmslos übernommen wurden. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Es war uns ein Anliegen, dass die Organisation von gemeinschaftsfördernden Anlässen und deren Finanzierung durch die Wohnungs- bzw. Pensionspreise explizit verankert wird und dass der Solidaritätsfonds nicht mit Steuergeldern gespiesen wird. Diese und weitere Inputs wurden aufgenommen und umgesetzt, das freut uns natürlich sehr und dafür danken wir den Verantwortlichen. Die schon im Rahmen der Vernehmlassung erfolgte Berücksichtigung unserer Anliegen hat nun zur schönen Folge, dass unsere Mitwirkungsbedürfnisse und Ansprüche eigentlich vollumfänglich befriedigt sind. Es bleibt somit das Fazit unsererseits, dass es sich um eine insgesamt sinnvolle und gelungene Vorlage handelt, die von unserer Fraktion einhellig unterstützt wird.

Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Der Nachholbedarf in Form von Zusammenführung diverser Reglemente, Verordnungen und Weisungen, die in den letzten 38 Jahren entstanden sind und deren Anpassungen an die fortlaufende Entwicklung werden im neuen Reglement vereint. Die in der Botschaft aufgeführten Meilensteine bilden die eindrückliche Entwicklung dieser städtischen Institution ab. Das vorliegende Reglement wurde unter Berücksichtigung des übergeordneten Rechts ohne Veränderung bisheriger Kompetenzen und ohne materielle Änderungen nachgeführt. Für uns als Fraktion ist Art. 8, die Zuständigkeit des Gemeinderats, von besonderer Bedeutung. Darin enthalten ist die Festlegung der Pensions- und Betreuungskosten und dies soll natürlich weiterhin in unserer Kompetenz sein. Mit der Erarbeitung des neuen gemeinderätlichen Reglements wurde auch eine neue Verordnung des Stadtrats geschaffen und dessen Aufgabenbereich klar umschrieben. Die durchgeführte Vernehmlassung hat sicher Sinn gemacht, konnten doch dadurch einige Unklar-

heiten aufgedeckt und Präzisierungen beigefügt werden. Die Fraktion SVP/EDU stimmt dem vorliegenden Geschäft zu und wir haben auch Sympathie für den angekündigten Antrag.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Das vorliegende Reglement wurde vorangekündigt, ging seine Runde in der Vernehmlassung und liegt nun in einer guten Form vor. Eigentlich gibt es dazu nicht mehr viel zu sagen. Aber vielleicht wäre es auch noch interessant zu wissen, was sonst noch hinter den AZP-Kulissen läuft. Denn dieses Reglement mit der Botschaft der Pensionspreiserhöhung und andere Bemerkungen lassen noch mehr durchschimmern. Wir gehen davon aus, dass der Rat frühzeitig informiert wird, wenn Veränderungen anstehen oder Steuergelder in die Liegenschaften investiert werden sollen.

Zurück zur vorliegenden Botschaft: Wir möchten uns für die gegebenen Antworten zu den Rückmeldungen der Vernehmlassung bedanken, sind aber bei zweien nicht ganz glücklich geworden. Beim WLAN, das nicht ins Reglement geschrieben werden kann, weil es nicht existiert, fragen wir uns schon, wieso dieses Geld nicht schon lange investiert wurde. Die Technik ist nicht neu und kann auch für die Digitalisierung, die die Stadt ja vorantreiben möchte, genutzt werden. Wir bringen deshalb an: Investieren, genau so, wie es in der Botschaft zu den Preisen auch angedacht ist. Dieses Geld ist nicht verloren.

Auch muss ich nochmals auf ein Problem zurückkommen, auf das wir schon bei den Rückmeldungen hingewiesen haben. In Art. 5 im Reglement werden bei der momentanen Schreibweise die Personen ausgenommen, die zwar in Frauenfeld oder einer Vertragsgemeinde wohnen, dies aber weniger als drei Jahre. Hier muss der Abs. 3 etwas umgeschrieben werden, damit alle anderen Personen mitgemeint sind und nicht nur die aus den anderen Gemeinden. Wäre ja ganz schön fies, wenn Neuzugezogen nicht im AZP aufgenommen werden könnten – nur wegen eines Fehlers in der Formulierung. Ich werde den Antrag entsprechend detailliert stellen.

Die GPK hat im gleichen Absatz korrekterweise auch die Ehegatten aufgenommen. Wir stellen im gleichen Aufwasch den Antrag, dass ausser den Ehegatten auch noch andere in eingetragener Partnerschaft oder in allen anderen Lebensgemeinschaftsformen lebenden Personen miteingeschlossen werden.

Zu guter Letzt regen wir den Stadtrat an, seine Formulierung in Art. 20 seiner Verordnung nochmals etwas offener zu gestalten. Denn seelsorgerische Betreuung wird nicht nur durch die Pfarrämter geleistet, auch wenn dies sehr wichtig ist. Aber diese seelsorgerische Betreuung ist heutzutage genauso offen zu formulieren wie der Beziehungsstatus. Wir würden entsprechend den Teil durch die zuständigen Pfarrämter ersatzlos streichen. In der Kürze liegt die Würze. Auch deshalb ist mein Votum jetzt zu Ende.

Vizestadtpräsidentin Elsbeth Aepli (Die Mitte): Ich freue mich zu hören, dass es offensichtlich recht schlank durchgehen wird. Ich möchte an dieser Stelle auf der Galerie Bernhard Liepelt und Ruth Gerber begrüssen, die seit gut einem Jahr viele Stunden in die Überarbeitung und Zusammenfassung dieser Reglemente investiert haben. Auf einzelne Sachen kommen wir ja dann noch. Zur Frage zu Art. 20, warum in der Betriebsrechnung «mindestens» stehe oder ob das gestrichen werden könnte – es steht halt wörtlich so in der Gemeindeordnung. Es würde dann der Gemeindeordnung widersprechen, daher sollte man es drin lassen. Aber man sieht ja, wir erzielen ja nicht Gewinne in dem Sinn, dass man dann der Stadt einen Gewinn abliefern kann, sondern Gewinne werden ja immer wieder im Heim reinvestiert. Also muss man nicht Angst haben, es würden irgendwie Gelder nicht beim AZP belassen. Dann der Hinweis bezüglich Verordnung des Stadtrats. Den Hinweis bezüglich des Weglassens des Worts Demenz habe ich gehört. Das scheint mir noch plausibel zu sein, das können wir anschauen. Das andere mit den Pfarrämtern können wir vielleicht nochmals anschauen, aber da haben wir lange diskutiert, es geht darum, dass wir auch den öffentlich-rechtlich anerkannten Landeskirchen den Zugang ermöglichen und auch zeigen, sie sind willkommen und wir geben ihnen auch Räume, um Got-

tesdienste zu gestalten. Es ist nicht irgendwie ein Ausschluss gegenüber anderen. Aber zu weiteren Anträgen kommen wir ja noch.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Wir gehen nun das Reglement in der Kommissionsfassung nach Artikeln durch. Wer eine Bemerkung oder einen Antrag zu einem Artikel hat, melde sich bitte deutlich mittels Handzeichen.

Art. 1 bis Art. 4

Keine Wortmeldungen.

Art. 5

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Wir stellen einen resp. zwei Anträge zu Art. 5, des gemeinderätlichen Reglements. In Abs. 2 soll es heissen: «Als Einwohnende der Stadt Frauenfeld sowie aus den vertraglich angeschlossenen Gemeinden gelten Personen, die – a und b lassen wir unverändert und fügen dann ein neues c ein –, die mit Menschen, die Bedingung a oder b erfüllen in einer Ehe, eingetragenen Partnerschaft oder sonstigen Lebensgemeinschaft wohnen.» In Abs. 3 soll es neu heissen: «Soweit es die Platzverhältnisse erlauben, können auch alle anderen betagten und pflegebedürftigen Personen aufgenommen werden.»

Die Aufnahme der lit. c in Abs. 2 macht Sinn, damit der Satz oben lesbar bleibt. Insbesondere bei der Ausweitung des Begriffs, wie wir ihn gerne hätten. Wir sind ganz klar der Meinung, dass hier der Fokus geöffnet werden muss. Auch im Alter steigt der Anteil jener Personen, die nicht mehr nur in der klassischen Ehe leben. Denken Sie nur schon an jene Personen, die verwitwet sind und den letzten Abschnitt des Lebens trotzdem mit einer anderen Person teilen möchten. Diese und alle anderen soll man hier nicht ausschliessen. Und wie auch Stadträtin Aepli gesagt bzw. gemailt hat, gehe auch ich nicht davon aus, dass dies viele Personen sein werden und dadurch andere Einheimische abgewiesen werden müssten. Der Vorteil, dass bestehende Haushalte mit dem Umzug ins AZP nicht auseinandergerissen werden, überwiegt unserer Meinung nach klar. In Abs. 3 muss der Satz wie gesagt umgeschrieben werden, damit die in Frauenfeld wohnhaften Personen, die a, b oder c nicht erfüllen, nicht ausgenommen sind. Besten Dank, wenn Sie unsere Anträge unterstützen.

Vizestadtpräsidentin Elsbeth Aepli (Die Mitte): Nicht dass ich mich gegen diesen Antrag stelle, aber es ist mir ein Bedürfnis, noch darauf hinzuweisen, dass es schön ist, dass man über den Abs. 2 diskutiert und nicht über den Abs. 1, wonach das AZP eine auf die Bedürfnisse von betagten Personen angepasste und zukunftsorientierte Wohnmöglichkeit mit Gewährleistung der nötigen Pflege und Betreuung anbietet. Es freut mich, dass Abs. 1 zu keinen Diskussionen führt und dass der Gemeinderat für das zukunftsorientierte Wohnen ist. Das bedeutet auch, dass wir uns wie auch in der Vergangenheit auch wieder auf ein neues Projekt irgendwo einlassen können und vielleicht wieder etwas mit Pioniercharakter machen können. Es ist nicht immer alles von Erfolg beschieden, aber Pioniercharakter ist immer gut. Das Alterszentrum Park gilt ja seit Jahrzehnten als Referenzobjekt im Kanton und zum Teil darüber hinaus.

Nun aber zum diskutierten Abs. 2: Wir haben das intern noch diskutiert. Wir haben auch Zahlen angeschaut und gesagt, es ist sicher sinnvoll, wenn man das besser formuliert, dass man eine lit. c einfügt, damit das besser leserlich ist. Schon in der GPK war unbestritten, dass die Ehegatten dazugezählt werden. Und wir gehen davon aus, dass es richtig ist, wenn man Lebenspartner auch dazu nimmt. Auf die Überlegung von Pascal Frey, wonach bei einem Paar nicht beide ins Heim kommen, weil einer nicht Einwohner ist, bin ich gar nicht gekommen, denn ich habe eigentlich nur die Einzelpersonen vor Augen, wo dann jemand als Auswärtiger den Zuschlag bezahlen müsste, weil er als Auswärtiger gilt, und wenn er eben Lebenspartner ist von jemandem, der beispielsweise schon drei Jahre in Frauenfeld gelebt oder 20 Jahre hier Steuern bezahlt hat,

dann eben auch nicht den Auswärtigenzuschlag zahlen müsste. Also ich finde den Vorschlag von lit. c sinnvoll. Ob der ganze Satz so aufgeht, weiss ich nicht, aber da haben wir ja noch die Redaktionskommission.

Abstimmung

Dem Antrag betreffend Art. 5 Abs. 2 der Fraktion SP wird einstimmig zugestimmt.

Dem Antrag betreffend Art. 5 Abs. 3 der Fraktion SP wird einstimmig zugestimmt.

Art. 6 bis Art. 19

Keine Wortmeldungen.

Art. 20

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Wir haben einen Antrag der Fraktion FDP zu Art. 20 Abs. 3. Wir würden dort gern den Zusatz «sowie Defizitbeiträgen bei ausserordentlichen Ereignissen» streichen. Neu soll der ganze Absatz 3 lauten: «Neubauten, Gesamtrenovierungen oder Ausbauarbeiten an den Gebäuden sollen bei Bedarf durch die Stadt mit Steuergeldern und durch die beteiligten Vertragsgemeinden anteilmässig finanziert werden.» Die Begründung: Der Begriff «ausserordentliche Ereignisse» kann sehr unterschiedlich aufgefasst werden. Ist die aktuelle Minderbelegung ein ausserordentliches Ereignis oder ist es bald der neue Standard? Ist der Ausfall zum Beispiel des Zentrumsleiters und die daraus entstehenden Zusatzkosten ein ausserordentliches Ereignis mit Kostenfolgen oder gehört das zum normalen Betriebsrisiko? Auch können die Vertragsgemeinden durch ein städtisches Reglement nicht verpflichtet werden, Kosten für ausserordentliche Ereignisse zu übernehmen. Bei jedem Defizit müsste der Stadtrat entscheiden, ob dem Verlust ein ausserordentliches Ereignis zugrunde liegt. Bei Preiserhöhungen können Bewohner sich auf diesen Passus beziehen, um Preiserhöhungen in Frage zu stellen. Aus Sicht der Fraktion FDP muss die Entscheidung weiterhin in der Verantwortung des Gemeinderats liegen, ob angefallene Defizite über eine Erhöhung der Pensionspreise oder durch Steuergelder gedeckt werden sollen. Besten Dank für die Unterstützung.

Vizestadtpräsidentin Elsbeth Aepli (Die Mitte): Ich stelle zuerst mal fest, dass in Abs. 3 alles andere unbestritten ist, also dass der Versuch, diese Weisung aus dem Jahr 1998 irgendwie auf gescheite Art zu aktualisieren, gelungen ist. Es ist nur noch die Frage mit den Defizitbeiträgen bei ausserordentlichen Ereignissen. Ich bitte Sie, dies so wie vorgeschlagen im Artikel zu belassen. Man muss sich ja bewusst sein, das Alterszentrum Park ist ein städtischer Betrieb. Wenn viele Verluste entstehen würden, könnte das Alterszentrum Park nicht Konkurs gehen. Man müsste das irgendwie geordnet auflösen, wenn es so wäre. Am Schluss müssten Steuergelder eingesetzt werden. Wenn wir die Variante Defizitbeiträge bei ausserordentlichen Ereignissen haben, wird das nicht um 10'000 Franken oder 20'000 Franken gehen, sondern es wird um grössere Beträge gehen, die, würde ich meinen, nicht in der Kompetenz des Stadtrats liegen. Also wenn wir jetzt unser Defizit, das wir aktuell haben, über Steuergelder ausgleichen wollten, reden wir über einen Betrag, mit dem wir in den Gemeinderat gehen müssten. Da könnte der Gemeinderat auch wieder darüber entscheiden. In dem Sinn würde ich es drin lassen. Ich denke aber, auch wenn man es streichen würde, würde die Welt für das Alterszentrum Park nicht untergehen, es würde ähnlich bleiben, wie es heute ist.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion FDP wird mit 21 Nein-Stimmen gegen 13 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Art. 21 bis Art. 25

Keine Wortmeldungen.

BESCHLUSSFASSUNG

Der Antrag 1 der Botschaft wird unter Berücksichtigung der durch den Gemeinderat beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Der Antrag 2 der Botschaft wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Das Reglement wird somit an die Redaktionskommission überwiesen und die Redaktionsfassung wird bei der nächsten Gemeinderatssitzung bei einer Schlussabstimmung verabschiedet. Ich weise noch darauf hin, dass der Antrag 1 dem fakultativen Referendum unterstehen wird. Die Fristen werden wir an der nächsten Sitzung bekanntgeben.

126

BOTSCHAFT NR. 28 «ALTERSZENTRUM PARK – ERHÖHUNG PENSIONSPREISE IM ALTERS- UND PFLEGEHEIM ERGATEN TALBACH»

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Dem Gemeinderat wurde am 5. Oktober 2021 vom Stadtrat die Botschaft Nr. 28 betreffend «Alterszentrum Park, Erhöhung Pensionspreise im Alters- und Pflegeheim Ergaten Talbach» vorgelegt.

EINTRETEN

Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: In unserer GPK war das Eintreten unbestritten. Weiteres werde ich in der Detailberatung erläutern.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Wird das Wort zum Eintreten gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich entnehme daraus, dass das Eintreten unbestritten und damit stillschweigend genehmigt ist.

DETAILBERATUNG

Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Stadträtin Elsbeth Aepli hat uns an der GPK-Sitzung vom 25. Oktober in die Botschaft eingeführt und der GPK ausführlich erklärt, weshalb eine Erhöhung der Pensionspreise zum jetzigen Zeitpunkt wichtig ist. Klar werden durch eine Preiserhöhung im nächsten Jahr Mehreinnahmen budgetiert, diese sind aber für die Reserven und künftige Sanierungen des Alterszentrums sehr wichtig. Die bisherigen Reserven seien gemäss Zentrumsleiter Bernhard Liepelt aufgebraucht. Wenn jetzt keine Preiserhöhung gemacht und knapp kalkuliert werde, müssten künftige Bewohnergenerationen tiefer in die Tasche greifen und dafür bezahlen, dass die jetzigen zu tiefe Tarife hatten. Oder dann müssten Beiträge aus Steuergeldern bezahlt werden, und auch dies ist für die Verantwortlichen keine Option und ja auch nicht korrekt im Verhältnis zu anderen Heimen. Gemäss Erläuterungen der Stadträtin würde eine Vorfinanzierung mit Hypotheken oder Darlehen der Stadt erfolgen, die entsprechenden Zinsen und Amortisationen müssten in der laufenden Rechnung abgebildet werden und auch in den Pensionspreisen Niederschlag finden. Zudem wurde aufgrund der nun bekannten Belegungszahlen im laufenden Jahr für das nächste Jahr mit einer Belegung von 94 % und nicht wie bis anhin mit 96 % budgetiert. Trotz tieferer Bettenbelegung kann aber gemäss Bernhard Liepelt nicht mit einer Einsparung im Bereich des Personals gerechnet werden. Dies ein weiterer Grund für den Antrag auf Erhöhung der Pensionspreise. Von der GPK wurden alle drei Anträge einstimmig angenommen.

Gemeinderätin Renate Luginbühl (EVP), Referentin im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:

Wir kennen es aus unserem Alltag, die Preise unzähliger Güter und Dienstleistungen steigen zurzeit kontinuierlich an. In der Regel führen mehrere Gründe zu Preiserhöhungen. Die Pandemie hat im Alterszentrum im finanziellen Bereich deutliche Spuren hinterlassen, die Reserven sind aufgebraucht. Eine geringere Auslastung der Betten ist Tatsache und bleibt auch in nächster Zeit realistisch. Für das COVID-Jahr 2020 hat der Kanton dem Alterszentrum Park 402'000 bezahlt. Für das laufende Jahr wird vom Kanton nichts erwartet, da nicht belegte Betten keine Subvention erfahren, Ertragsausfälle nicht gedeckt sind. Der Pensionspreis liegt nach der Erhöhung um 5 Franken pro Tag immer noch unter der EL-Tageslimite von 165 Franken. Der Aufschlag fällt frankenmässig im Einer- sowie im Zweierzimmer gleich hoch aus. Unsere Fraktion regt an, bei einer nächsten Tarifierhöhung die Einerzimmer prozentual mindestens gleich hoch oder höher zu belasten wie die Zweierzimmer. Für uns ist die Preisanpassung einleuchtend, damit mit einer 94 %-Auslastung etwas angespart werden kann. Es ist ausgewiesen, dass Investitionen und Erneuerungen realisiert werden müssen. Wir stimmen der Erhöhung des Pensionspreises einstimmig zu. Der Zuschlag für Auswärtige ist unbestritten, er liegt seit Jahren bei 10 Franken pro Tag. Es macht unseres Erachtens Sinn, diesen Zuschlag von 10 Franken auf den Pensionspreis hier formell zu bestätigen. So wäre die gesamte Preisgestaltung durch unseren Rat festgelegt. Deshalb beantragen wir, den Antrag 2 um die entsprechende Differenzierung zu ergänzen: «Die Pensionspreise liegen für Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Frauenfeld und der Vertragsgemeinden für Einerzimmer zwischen 113 Franken und 135 Franken pro Tag, jene für Zweierzimmer zwischen 103 Franken und 107 Franken pro Tag. Für Auswärtige liegen die Pensionspreise 10 Franken höher.» Danke für Ihre Aufmerksamkeit und Zustimmung zu unserem Antrag.

Gemeinderat Alfred Bloch (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:

Die Coronakrise hat auch im AZP ihre Spuren hinterlassen. Nicht nur die zum Schutz der Pensionäre und des Personals beschlossenen Massnahmen, sondern auch die gegenwärtige finanzielle Situation ist für die Verantwortlichen des AZP eine grosse Herausforderung. Da auf der Ausgabenseite kein Spielraum für Einschränkungen besteht, kann also nur noch durch grössere Einnahmen die Finanzkraft des AZP gestärkt werden. Dabei gilt es aber unsres Erachtens, Folgendes zu beachten: 1. Die Heimleitung rechnet mit einer zukünftigen Belegung von 94 %. Wir fragen uns, ob dies realistisch ist. 2. Für uns von der SP ist es wichtig, dass durch die Pensionspreiserhöhung keine Pensionäre in finanzielle Schwierigkeiten geraten können. Es darf nicht geschehen, dass Bewohnerinnen oder Bewohner des AZP wegen der Erhöhung der Pensionspreise um Sozialhilfe bitten müssen. Es ist für Menschen, die ihr ganzes Leben gearbeitet und Steuern bezahlt haben, demütigend, bei der Sozialhilfe anklopfen zu müssen. Für solche Fälle muss eine sozialverträgliche Lösung gefunden werden, ohne dass die Sozialhilfe eingeschaltet werden muss, eventuell mit Hilfe des Sozialfonds. Wir danken an dieser Stelle allen Verantwortlichen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des AZP für ihre in diesen schwierigen Zeiten geleistete Arbeit herzlich. Die Fraktion SP wird der Botschaft einstimmig zustimmen und hofft, dass die Punkte 1 und 2 unserer Fraktionserklärung beim Stadtrat Beachtung finden werden.

Gemeinderat René Gubler (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:

Die vorliegende Botschaft zur Erhöhung der Pensionspreise im Alters- und Pflegeheim Ergaten Talbach ist ein immer wiederkehrendes Geschäft. Die letzte Erhöhung liegt doch schon wieder fünf Jahre zurück. Bei der Übersicht auf Seite 6 sieht man, dass die gesteckten Ziele bis vor Corona erreicht wurden, was grundsätzlich lobenswert ist. Die Unsicherheit durch Corona riss jäh ein Loch in die Kasse. Da die Häuser Ergaten und Talbach doch etwas in die Jahre gekommen sind und der Sanierungsbedarf ausgewiesen ist, erscheint uns die angestrebte Million Franken Rücklage nicht zu hoch. Bei einer allfälligen energetischen Sanierung sollte aber darauf geachtet werden, dass nur das Optimum und nicht das Maximum angestrebt wird. Denn sehr hohe energetische Aufwertungsmassnahmen sowie die Gesamtsanierung werden in Zukunft stark auf die Zimmerpreise schlagen. Die Bevölkerung wird das bezahlen, entweder als Bewohner mit den Preisen oder als Steuerzahler. Diese nun vorgeschlagene Erhöhung der Pensionspreise ist für die Bewohner schmerzlich, aber für den Betrieb unaufschiebbar. Der Stadtrat ist angehalten, beim Kanton den

Druck hochzuhalten, um die Erhöhung der EL-Tageslimite zu erwirken und dass die Mehrkosten durch Corona abgegolten werden. Die Fraktion SVP/EDU stimmt allen drei Anträgen grossmehrheitlich zu, obwohl der dritte Antrag in der Botschaft mit keinem Wort erwähnt wird.

Gemeinderätin Ursula Duewell (FDP), Referentin im Namen der Fraktion FDP: Wir danken dem Stadtrat für die Botschaft. Auch gemäss neuem Reglement ist der Gemeinderat weiterhin zuständig für das Festlegen der Pensionspreise, die mindestens die Betriebskosten decken sollten. Die letzte Preiserhöhung liegt fünf Jahre zurück und in dieser Zeit sind jedoch die Kosten für das Personal und die Infrastruktur laufend gestiegen. Auch die Auslastung in den letzten Monaten ist gesunken. Trotz moderater Erhöhung von 5 Franken pro Tag liegen die Pensionspreise im Vergleich mit anderen Institutionen im Rahmen, ja eher im tieferen Bereich. Es ist unseres Erachtens nicht Aufgabe der Stadt und damit der Steuerzahler, die Betten im AZP zu subventionieren. Die Fraktion FDP spricht sich für eine kostendeckende Berechnung der Pensionspreise aus. Für die Berechnung sollen auch weiterhin Rückstellungen für ausserordentliche Aufwendungen und Verbesserungen an der Infrastruktur einbezogen werden. Die Fraktion FDP wird einstimmig den Anträgen zustimmen.

An dieser Stelle möchte ich mich persönlich für die Zusammenarbeit in den letzten acht Jahren bedanken. Auch bei euch, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, bei den Stadträtinnen und Stadträten, bei den Mitgliedern der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen. Ich habe die auf gegenseitigem Respekt und Vertrauen basierende Zusammenarbeit sehr geschätzt. Nicht nur bei den Stadt- und Gemeinderäten, sondern auch bei den Mitarbeitenden der Stadt, mit denen ich zu tun hatte. Speziell danken aber möchte ich meinen Fraktionskollegen. Private Gründe haben mich zum Rücktritt bewogen. Schade, die politische Arbeit hat mir Freude gemacht. Aber jetzt freue ich mich auch, Zeit für Neues zu haben. In diesem Sinn wünsche ich euch weiterhin viel Freude an der Arbeit im Rat, in den Kommissionen und Fraktionen. Ich werde auch in der Zukunft mit Interesse die Frauenfelder Politik verfolgen.

Gemeinderätin Priska Brenner-Braun (GP), Referentin im Namen der Fraktion

CH/GP/GLP: Wir möchten uns auch für diese sorgfältig ausgearbeitete Botschaft bedanken. Sie zeigen in dieser auf, dass Curaviva Schweiz in ihren Vorgaben für die Kostenrechnung im Alters- und Pflegeheim Ergaten Talbach auf eine Vollkostenrechnung setzt. Zudem muss eine klare Trennung von Pensions-, Pflege- und Betreuungskosten erfolgen. Es ist ersichtlich, dass die heutigen Pensionstaxen des AZP nur knapp kostendeckend sind und zum Aufbau einer ausreichenden Reserve eine Tarifierhöhung unausweichlich ist. Die letzte Anpassung der Pensionstaxen ist am 1. Januar 2016 erfolgt. In den letzten Jahren haben die Ausgaben im Bereich Hotellerie und Personal stetig zugenommen. Es zeigt sich deutlich, dass bei den Pensionspreisen zwingend eine Anpassung vorgenommen werden muss. Wir unterstützen die Erhöhung der in der Botschaft genannten Pensionspreise. Dies insbesondere auch, weil die Limiten der Ergänzungsleistungen grossmehrheitlich nicht überschritten werden. Wir gehen davon aus, dass der grosse Teil der Bewohnerinnen und Bewohner des AZP Ergänzungsleistungen bezieht. Für sie wird sich im Alltag folglich nichts verändern. Die Erhöhung der Tarife wird durch eine Anpassung der Ergänzungsleistungen kompensiert werden. Lediglich bei drei Bewohnenden von Einzelzimmern wird die Limite der Ergänzungsleistungen überschritten. Wir hoffen, dass hier in einer Übergangszeit kulante Lösungen gefunden werden können, damit nach Möglichkeit ein Umzug aufgrund der aktuellen Preisanpassungen nicht stattfinden muss. Die Fraktion CH/GP/GLP stimmt allen Anträgen dieser Vorlage einstimmig zu.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im eigenen Namen: Nur ein Detail: Es ist schon einige Jahre her, dass ich wiederholt darum bat, jeweils Klartext zu sprechen und von Erhöhung oder Senkung zu schreiben. Aber das ist ja bekanntlich selten der Fall, also von Erhöhung von Tarifen und Gebühren zu sprechen, statt euphemistisch von Anpassungen. Es war bis jetzt vergeblich, ich habe dann auch resigniert und nichts mehr gesagt. Bis jetzt heute in dieser Botschaft – was lesen wir? Alterszentrum Park, Erhöhung Pensionspreise. Dass ich das noch erleben darf! Vielen Dank, Frau Stadträtin Aepli.

Vizestadtpräsidentin Elsbeth Aepli (Die Mitte): Es muss, damit das nicht vergessen geht, noch über einen Antrag abgestimmt werden. Dass man den Zuschlag von 10 Franken erwähnt, finde ich gut, im Sinn von Peter Hausammann, damit man sieht, was Auswärtige bezahlen müssen und dass man das nicht irgendwo auf einer Preisliste sieht. Ich danke für die geführte Diskussion und das ins Alterszentrum Park und seine Leitung gesetzte Vertrauen. Ich habe den Dank gehört und die Mitglieder der Zentrumsleitung haben den Dank an die Mitarbeitenden auch gehört und sie werden diesen Dank sehr gern weiterleiten. Ich möchte noch zu ein paar aufgeworfenen Fragen oder Anmerkungen Stellung nehmen.

Zur Frage, ob die 94 % Belegung, die wir budgetieren, realistisch ist: Aus heutiger Sicht ist das realistisch. Wir sind im Moment auf einem Stand von 94 %, Zweierzimmer eher schlechter, Einzimmer eher besser belegt. Aber wir wissen nicht, was die nächsten Monate bringen werden.

Zum Thema, man solle die Personen nicht in die Sozialhilfe treiben: Wer in Frauenfeld wohnt, hat Anspruch auf Beiträge aus dem Solidaritätsfonds, also der wird nicht ein Sozialhilfefall, wobei die Abrechnung je nachdem schon über die Sozialhilfe läuft, aber die können uns Beträge wieder in Rechnung stellen. Zum Teil ist es ja auch nicht nur eine Frankenunterstützung, sondern es sind, und das gibt auch Arbeit, auch Beistände, die die ganze Abrechnung machen usw. Also das ist nicht zu unterschätzen, was die Stadt und Beistandschaften da sonst noch an Leistungen erbringen. Nicht nur die nackten Zahlen, was ein Heimplatz kostet.

Dann möchte ich eine Aussage von Gemeinderätin Priska Brenner betreffend EL-Bezügern etwas hinterfragen oder korrigieren. Ich kann jetzt nicht genau sagen, wie viele Personen bei uns EL-Bezüger sind, ich würde aber meinen, weniger als die Hälfte der Personen sind EL-Bezüger. Ich habe mal Zahlen gehört, aber die kann ich Ihnen jetzt nicht aktualisiert sagen, danach sind im Kanton Thurgau etwa ein Drittel der Heimbewohner EL-Bezüger. Eine EL-Limite spielt also nur für die, die EL-Bezüger sind, eine Rolle. Und es sind ja, das wurde richtig festgehalten, noch viele Zimmer im Rahmen der EL-Limite.

Ich habe mit Interesse gehört, dass wir uns beim Kanton einsetzen sollen für eine Erhöhung der EL-Limite und wir sollen uns beim Kanton einsetzen, dass er auch im Jahr 2021 etwas an COVID-Mehrkosten bezahlt. Ich komme dann gern auf die SVP-Fraktion im Kantonsrat zurück, wenn das dann Schwierigkeiten geben sollte beim zuständigen Regierungsrat.

Der Hinweis, dass wir mit Antrag 3 einfach einen Antrag gestellt und ihn nicht begründet haben, trifft zu. Ich habe das dann auch plötzlich mal gemerkt. Es sind auch noch von anderen Fragen gekommen. Einfach nur, um es zu sagen, wir haben im Alterszentrum Park sechs Alterswohnungen. Es sind nicht die Wohnungen in der Parksiedlung, sondern im Haus Talbach. Zuerst hat es sechs Wohnungen, wo theoretisch Paare wohnen können, die würden dann 210 Franken bezahlen. Wir haben aber etliche von diesen Wohnungen als je zwei Einzelzimmer mit einem gemeinsamen Badezimmer vermietet. Da haben wir auch einmal etwas umgebaut, damit das möglich ist. Ich würde sagen, es sind im Moment vielleicht drei Alterswohnungen so besetzt, dass dieser Tarif dann zur Anwendung gelangt.

Es wurde jetzt viel von Corona-Ausfällen oder Massnahmen gesprochen und dass wir die Erhöhung deswegen machen. Mir ist es jedoch ein Anliegen zu sagen, wir haben das Budget 2021 mit 140'000 Franken Gewinn budgetiert. Das ist bei diesem Umsatz sehr knapp kalkuliert, und auch wenn das eingetroffen wäre, hätte es kaum Rücklagen erlaubt. Also wir brauchen diese Preiserhöhung auch grundsätzlich, weil die Preise sonst nicht mehr ausreichen, um Rücklagen zu bilden. Nun hat sich die Situation einfach so verschärft, dass wir zwingend jetzt und nicht erst in einem Jahr kommen. Ich habe gesagt, es steht auch so etwas verklausuliert in der Botschaft ja drin, dass wir statt mit einem Gewinn von 140'000 Franken dieses Jahr mit einem Verlust von 1 Mio. Franken rechnen. Ich habe gestern den Abschluss des 3. Quartals bekommen. Im 3. Quartal hatten wir einen kleinen Gewinn, aber der Verlust des ersten halben Jahres ist so gross, dass wir

nach wie vor bei einem Jahresverlust von 1 Mio. Franken bleiben werden und das wird sich bis Ende Jahr vermutlich nicht wesentlich verbessern. In der Rechnung selber sieht es dann etwas besser aus, weil wir die Zahlung des Kantons in die Rechnung 2021 einbuchen. Einfach nicht, dass man sich dann wundert und sagt, es ist ja viel weniger als 1 Mio. Franken. Das wird dann eben entsprechend verbucht. Ich denke, dies waren alle Fragen, sonst müsste sich jemand noch melden.

BESCHLUSSFASSUNG

Der Antrag 1 der Botschaft wird mit 33 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Vizestadtpräsidentin Elsbeth Aepli (Die Mitte): Entschuldigung, die Leiterin Finanzen und Administration des AZP hat mich gerade darauf hingewiesen, ich habe das glaube ich auch einmal falsch gesagt, der Zuschlag für Auswärtige ist 20 Franken im Einerzimmer, nicht 10 Franken. Nicht, dass da noch etwas Falsches verschlimmbessert würde.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Dann müsste der Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP entsprechend angepasst werden. Ist das korrekt so? Vielen Dank für die Präzisierung. Bei Antrag 2 gehen wir wie folgt vor, dass wir über den Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP mit der Neuformulierung abstimmen. Wenn dieser angenommen ist, gilt dieser, sonst ist die ursprüngliche Fassung die korrekte. Der Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP lautet: «Die Pensionspreise liegen für Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Frauenfeld und der Vertragsgemeinden für Einerzimmer zwischen 113 und 135 Franken pro Tag, jene für Zweierzimmer zwischen 103 und 107 Franken pro Tag. Für Auswärtige liegen die Pensionspreise 20 Franken höher.»

Der Abänderungsantrag der Fraktion Die Mitte/EVP zum Antrag 2 wird mit 28 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.

Der Antrag 3 der Botschaft wird mit 33 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Zum Schluss habe ich noch fünf Informationen.

- Gemeinderat Alfred Bloch hat seine Interpellation nach Art. 44 des Geschäftsreglements betreffend «Stadtbus 'Spezialtageskarte für das Wochenende'» aufgrund formeller Fehler bei der Einreichung an der letzten Gemeinderatssitzung heute nochmals korrekt eingereicht. Die Korrektheit wurde zwischenzeitlich durch das Ratsbüro bestätigt.
- Gemeinderat Michael Pöll hat im Namen der Fraktion CH/GP/GLP eine Interpellation nach Art. 44 des Geschäftsreglements mit dem Titel «Erstellung von 105 Parkplätzen nördlich der Riegerholzhalle und Nutzungsverzicht Parkhaus Altstadt» eingereicht.
- Gemeinderat Stefan Geiges hat eine Einfache Anfrage nach Art. 45 des Geschäftsreglements mit dem Titel «KAFF-Pavillon, Holz-Kompetenzzentrum und 'Markt Thurgau': Zwei Standorte für drei Projekte» eingereicht.
- Gemeinderat Reto Brunschweiler hat im Namen der fünf bürgerlichen Parteien FDP, SVP, Die Mitte, EVP und EDU eine Einfache Anfrage nach Art. 45 des Geschäftsreglements mit dem Titel «Stadtkaserne wie weiter - die Armee zieht aus und dann?» eingereicht.
- Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 15. Dezember 2021 um 16 Uhr statt und gleich anschliessend an diese Sitzung folgt eine Information an den Gemeinderat aus den Departementen Finanzen und Zentrales sowie Bau und Verkehr unter Ausschluss von Medien und Öffentlichkeit.

Jetzt komme ich zur Verabschiedung von Ursula DUEWELL. Ja, liebe Ursula, ich habe nun offiziell die Ehre, dich zu verabschieden. Und wenn ich mir deinen Werdegang so ein bisschen revuepassieren lasse, da fällt mir auf, dass du dich seit deinem Zuzug nach Frauenfeld im Jahr 1998 immer gemeinnützig für die Stadt eingesetzt hast. So warst du neun Jahre Präsidentin des Eltern-

vereins und bist auch seit 2013 Präsidentin des gemeinnützigen Frauenvereins Frauenfeld. Von 2003 bis 2011 warst du Präsidentin der Rechnungsprüfungskommission, wo du mit deinem beruflichen Hintergrund als Betriebsökonomin wertvolle Arbeit geleistet hast. In der Partei, in der Fraktion und im Gemeinderat hast du die Werte des Gemeinsinns hochgehalten und dich immer für einen gesunden Finanzhaushalt eingesetzt. Aber auch Umweltsachen und ein vielfältiges Kulturleben waren, nein sind dir immer noch ein hohes Anliegen. Du bist Anfang 2014 als Nachfolgerin von Urs Herzog ins Stadtparlament nachgerückt. Im Juni 2016 wurdest du zur höchsten Frauenfelderin gewählt. Als Nachfolgerin von Evelyn Buff durftest du an zahlreichen Anlässen der Stadt teilnehmen. Während deines Präsidialjahres hast du doch die eine oder andere schwierige Sitzung leiten müssen, denken wir beispielsweise an die Wärme-Frauenfeld-Diskussion, bei der du mit deiner ruhigen Sitzungsleitung oft ein wohltuender Kontrast zu den hitzigen Voten warst. Aktuell leitest du noch die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen, dies mittlerweile auch bereits seit fünf Jahren. Zusätzlich bist du Mitglied der Kulturkommission, der Fachkommission für Kulturförderung und in der Begutachtungskommission für Besoldungsfragen. Mit dir, liebe Ursula, verliert der Gemeinderat eine engagierte Politikerin, welche immer ein offenes Ohr für die Schwachen und Hilfsbedürftigen in der Stadt hatte. Liebe Ursula, wir danken dir herzlich für deine geleistete Arbeit und wünschen dir für deine zukünftige politikfreie Zeit gute Gesundheit, viel wertvolle Zeit und Freude mit deinen Lieben. Und ich überreiche dir gern noch einen kleinen Abschiedsgruss aus dem Rat.

Nun sind wir am Schluss angelangt. Mein Dank gilt Giuseppe D'Alelio und seinem Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung. Ich erkläre die Gemeinderatsitzung für geschlossen und wünsche Ihnen einen schönen restlichen Abend nach der Information.

- - -

Schluss der Sitzung: 20:15 Uhr
